

Mitglieder der Verwaltung

Name	Funktion	Anwesenheitsgrund
Frau Blume-Brake	Leiterin Haupt- und Personalverwaltung	gesamte Sitzung
Herr Scheibner	Amtsleiter Rechnungsprüfungsamt	gesamte Sitzung
Herr Armbruster	Betriebsleiter GAV	TOP 6.1
Herr Giller	Justiziar	gesamte Sitzung
Frau Pissors	Organisatorin FG Personal/Organisation	TOP 6.1

weitere Sitzungsteilnehmer

Name	Anwesenheitsgrund
Herr Selbmann, Freie Presse	Berichterstattung öffentl. Teil

Tagesordnung:

öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
 - 1.1. Tagesordnung
 - 1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 39. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 06.12.2023
 - 1.3. Beantwortung von Anfragen
 - 1.4. Informationen der Bürgermeisterin
- 2. Beschlussfassung**
 - 2.1. Petition der Deutschen Umwelthilfe: Antrag zur Umsetzung von Maßnahmen gegen unnötigen Einwegmüll in Plauen
Drucksachenummer: 0939/2023
- 3. Vorberatung**
 - 3.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. - Auswertung der Verwaltungsvorlage 0546/2022 "Änderung der Geschäftskreise der Bürgermeister" -, **Reg.-Nr. 371-23 - Stellungnahme der Verwaltung**
4. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung

Die 40. Sitzung des Verwaltungsausschusses wird von Oberbürgermeister Zenner durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet.

Oberbürgermeister Zenner wünscht allen Anwesenden ein gesundes, friedliches neues Jahr. Er wünscht sich einen harten aber fairen Wahlkampf zur anstehenden Kommunalwahl.

Gemäß § 39 SächsGemO weist der Oberbürgermeister darauf hin, dass eine Verletzung von Form und Frist der Ladung eines Ausschussmitglieds als geheilt gilt, wenn das Mitglied zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung geltend macht.

Mit Einverständnis des Verwaltungsausschusses werden zur Mitzeichnung der Niederschrift über die heutige Sitzung Stadtrat Stefan Golle, CDU-Fraktion und Stadtrat Gerd Steffen, SGI-Fraktion bestimmt.

1.1. Tagesordnung

Die Tagesordnung für die 40. öffentliche Sitzung des Verwaltungsausschusses wird bestätigt.

1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 39. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 06.12.2023

Oberbürgermeister Zenner stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 39. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 6.12.2023. fest.

1.3. Beantwortung von Anfragen

Es gibt keine offenen Anfragen.

1.4. Informationen der Bürgermeisterin

Oberbürgermeister Zenner informiert über die Verschmelzung der Busbetriebe Plauener Omnibusbetriebe (POB) und Verkehrsgesellschaft Vogtland (VGV) zum 1.1.2024. Der Kreistag des Vogtlandkreises hatte zu seiner Sondersitzung am 12.12.23 beschlossen, dass der Zweckverband ÖPNV Vogtland die Geschäftsanteile der Bietergemeinschaft busbildenden Unternehmen ankaufte. Mit der vollzogenen Übernahme der Gesellschaftsanteile der Bietergemeinschaft Bus wird es zu einer Verschmelzung der Busbetriebe Plauener Omnibusbetriebe (POB) und Verkehrsgesellschaft Vogtland (VGV) kommen. Die neue Gesellschaft wird einen Aufsichtsrat haben, der von der Vertreterversammlung des ZVV widerruflich bestellt wird.

Oberbürgermeister Zenner informiert zur Übertragung der Sirenenanlage Alt - Chrieschwitz an den Vogtlandkreis. Es wurde ausschließlich die Sirenenanlage übertragen. Der Sirenenmast und ähnliches bleiben in Besitz der Stadt Plauen. Die Übertragung konnte kostenneutral vorgenommen werden.

Oberbürgermeister Zenner informiert, dass die Stadt Plauen sich für das MDR-JUMP Osterfeuer 2024 bewerben wird. Anmeldeschluss ist der 1. März 2024. Alle Kriterien wurden überprüft und Plauen eignet sich sehr gut als Austragungsort. Die damit verbundene überregionale Berichterstattung würde unserer Stadt als Oberzentrum gut zu Gesicht stehen. Das finale Voting findet in der Zeit vom 18.-25.3. statt. Er hofft sehr, dass viele Plauerer und Vogtländer anrufen und online abstimmen.

2. Beschlussfassung

2.1. **Petition der Deutschen Umwelthilfe: Antrag zur Umsetzung von Maßnahmen gegen unnötigen Einwegmüll in Plauen, Drucksachenummer: 0939/2023**

Oberbürgermeister Zenner übergibt das Wort an Justiziar Giller mit der Bitte um Erläuterung des Antrags der Deutschen Umwelthilfe.

Herr Giller, Justiziar der Verwaltung erläutert, dass der Antrag als Petition im Sinne des § 12 SächsGemO zu werten ist.

Bei den fünf Maßnahmen handelte es sich um:

1. Konsequente Kontrollen der Mehrwegangebotspflicht. Städte sollten über Kontrollen und die Sanktionierung von Verstößen sicherstellen, dass Gastronomiebetriebe die seit 1. Januar 2023 geltende Mehrwegangebotspflicht nach §33 VerpackG einhalten und Mehrweg-Takeaway-Verpackungen für Getränke und Speisen anbieten.
2. Erhebung einer örtlichen Verbrauchssteuer auf die Ausgabe von Speisen und Getränken in Einwegverpackungen, wie sie beispielsweise in Tübingen beschlossen wurde.
3. Untersagung des Einkaufs von Einwegverpackungen (bspw. Einweg-Plastikflaschen, Einweggetränkebecher oder Kaffeekapseln) in den öffentlichen Beschaffungsrichtlinien, wie es zum Beispiel in Hamburg erfolgt ist.
4. Einführung und Umsetzung eines verbindlichen Mehrweggebots für Veranstaltungen auf öffentlichem Grund.
5. Konsequenter Vollzug des Pflichtpfandes auf Einweg-Plastikflaschen und Getränkedosen. Aufgrund des illegalen pfandfreien Verkaufs von Einweggetränkeverpackungen in vielen Kiosken, Trinkhallen und Spätverkaufsläden landen besonders viele Plastikflaschen und Dosen in der Umwelt. Dies muss durch Kontrollen und das Verhängen von Bußgeldern gestoppt werden.

Die Punkte 1 und 5 sind erstens den Geschäften laufender Verwaltung zuzuordnen und daher nicht dem Verwaltungsausschuss zur Beschlussfassung darüber vorzulegen und zweitens im Zuständigkeitsbereich des Landratsamtes als untere Abfallbehörde zu verorten. Zu Punkt 2 wurde dem Antragsteller, in einem am 23.10.2023 ergangenen Zwischenbescheid, unter Anführung der Argumente mitgeteilt, dass dieser Punkt bereits vom Verwaltungsausschuss in Angelegenheit einer früheren Petition mit Beschluss in der Sitzung vom 04.10.2023 abgelehnt wurde.

Folglich werden nur die Punkte 3 und 4 der Petition dem Verwaltungsausschuss zur Entscheidung vorgelegt.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender CDU-Fraktion, möchte keine Entscheidung bevor nicht mit den Händlern und Gastronomen gesprochen wurde. Deren Meinungen müssen eingeholt werden.

Oberbürgermeister Zenner informiert, dass die Stadt bereits mit dem Anbieter FairCup kooperiert, aber die Teilnahme der Gewerbetreibenden ziemlich verhalten ist. Die hohen Kosten spielen dabei eine entscheidende Rolle.

Stadtrat Gerald Schumann, Vorsitzender AfD-Fraktion würde das Wort „verbindlich“ aus Punkt 4 rausnehmen.

Herr Giller, Justiziar der Verwaltung antwortet, das die Petition als Anregung dient und auch Punkte rausgenommen werden können.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender FDP-Fraktion würde auf Freiwilligkeit setzen. Er möchte keine Verbote und Erschwernisse für Gewerbetreibende.

Stadtrat Gerd Steffen, SGI – Fraktion ist der Meinung, dass Vereine sich die Mehrkosten nicht leisten können. Es wird bereits mit Pfandsystem und biologisch abbaubaren Produkten bei Festlichkeiten gearbeitet.

Oberbürgermeister Zenner antwortet, dass Vereine sich der Verantwortung stets bewusst sind und nachhaltige Verpackungen anbieten und mit Pfandsystem arbeiten.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen über den Beschluss der Vorlage **Drucksachennummer 0939/2023** wie folgt ab.

Beschlussvorschlag:

1. Der Verwaltungsausschuss beschließt,

- a) den Punkt 3 der Petition anzunehmen und beauftragt die Stadtverwaltung mit der Umsetzung.

Abstimmungsergebnis: keine Ja-Stimme, 9 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

- b) den Punkt 3 der Petition abzulehnen und dem Petenten eine begründete Antwort zu zuleiten.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimme, keine Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen

2. Der Verwaltungsausschuss beschließt,

- a) den Punkt 4 der Petition anzunehmen und beauftragt die Stadtverwaltung mit der Umsetzung.

Abstimmungsergebnis: keine Ja-Stimme, 9 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

- b) den Punkt 4 der Petition abzulehnen und dem Petenten eine begründete Antwort zu zuleiten.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimme, keine Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

3. Vorberatung

3.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. - Auswertung der Verwaltungsvorlage 0546/2022 "Änderung der Geschäftskreise der Bürgermeister" -, Reg.-Nr. 371-23 - Stellungnahme der Verwaltung

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE, erläutert den Antrag - Auswertung der Verwaltungsvorlage 0546/2022 - Änderung der Geschäftskreise der Bürgermeister.

Frau Blume – Brake, Fachbereichsleiterin Haupt- und Personalverwaltung informiert, dass in der Verwaltungsausschusssitzung im März 2024 und zur Stadtratssitzung im April 2024 eine erste Auswertung zur Änderung der Geschäftskreise und deren Auswirkungen vorgestellt werden soll. Eine umfangreiche Analyse der Änderungen kann erst nach ca. 3-5 Jahren erfolgen.

4. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender FDP-Fraktion, stellt folgende Anfragen:

Es gibt 2 öffentliche Stellenausschreibung, Leiterin Kinder- und Jugendhaus eSeF und Justiziar. Er hätte gerne Informationen darüber, warum diese Stellen neu ausgeschrieben wurden.

Oberbürgermeister Zenner informiert, das uns Justiziar Eike Richter verlässt. „Wir verlieren einen sehr guten Mitarbeiter und Justiziar. Er bekommt eine höher dotierte Stelle beim Landkreis Zwickau.“

Details zur Stellenausschreibung Leiterin Kinder- und Jugendhaus eSeF können nur im nichtöffentlichen Teil der Sitzung beantwortet werden.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender FDP-Fraktion fragt an, ob die Verwaltung Kenntnis darüber hat, das die Villa Hofwiesenstraße, verkauft 2021 an die GK Software, weiterverkauft wurde.

Oberbürgermeister Zenner hat keine Kenntnis darüber und sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender FDP-Fraktion informiert:

Es gab einen Leserbrief in der Freien Presse von Frau Dr. Zähringer, die den Vorwurf erhoben hat, das bei der internen Stellenausschreibung Leiter Vogtlandmuseum grundgesetzliche Rechte verletzt wurden sind. Wie bewertet die Stadtverwaltung diesen Vorwurf.

Oberbürgermeister Zenner ist überzeugt, dass keine grundgesetzlichen Rechte verletzt wurden.

Uwe Geisler, sachk. Einwohner, FDP-Fraktion, bedankt sich für die Antwort zu der Erhöhung der Strompreise der Stadtwerke. Er informiert, dass Plauen in der Sendung ARD Morgenmagazin von Finantipp-Chefredakteur Tenhagen als Negativbeispiel für hohe Strompreise dargestellt wurde. Für ihn ist nicht nachvollziehbar was seit Juni/Juli 2023 passiert ist, dass die Strompreise zur Jahresmitte 2023 gesenkt und dann wieder erhöht wurden. Er wünscht eine Erklärung dazu.

Oberbürgermeister Zenner schlägt vor den Geschäftsführer der Stadtwerke Strom Plauen GmbH, Oliver Kalis, in die FDP-Fraktionssitzung einzuladen um die Preisgestaltung zu erläutern. Die Erklärung im Verwaltungsausschuss würde den zeitlichen Rahmen sprengen. Er warnt davor, die Stadtwerke Plauen in der Öffentlichkeit schlecht zu machen. Er informiert, dass die umliegenden Stadtwerke Reichenbach und Zwickau noch teurer sind. Im nationalen Vergleich wird es immer günstigere Anbieter geben.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender FDP-Fraktion, stimmt dem Vorschlag von Oberbürgermeister Zenner zu, den Geschäftsführer Kalis in eine der nächsten Fraktionssitzungen einzuladen, um noch offene Fragen zu besprechen.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE, stellt die Anfrage, warum die Zeit der Antragsbearbeitung der Wohngeldstelle immer noch sehr hoch ist, obwohl zusätzliches Personal eingestellt wurde. Sie möchte wissen, ob eine kürzere Bearbeitungszeit zukünftig machbar ist.

Frau Blume – Brake, FBL Haupt- und Personalverwaltung, erläutert, dass ein Grund sein kann, dass eine Mitarbeiterin wegen Elternzeit ausgefallen ist und die Arbeit auf die anderen Mitarbeiter aufgeteilt wurde. Es gibt keinen Rückgang von Anträgen. Nicht eingereichte Unterlagen der Antragsteller verzögern die Bearbeitung.

Frau Pissors, SB FG Personal/Organisation, informiert, dass mehr als das doppelte an Anträgen wie vor der Wohngeldreform gestellt und bearbeitet werden müssen und dass die Bearbeitungszeit derzeit ca. 6 Wochen beträgt. Wenn Unterlagen nachgereicht werden müssen, kann es in Einzelfällen auch länger dauern. Dennoch liegen wir unter der Bearbeitungszeit des Landratsamtes.

Plauen, den

Plauen, den

Steffen Zenner
Oberbürgermeister

Stefan Golle
Stadtrat

Plauen, den 05.02.2023

Plauen, den

Katja Binneweiß
Schriftführerin

Gerd Steffen
Stadtrat